

Renate Pieper

**Imperium und Finanzpolitik  
im 18. Jahrhundert.  
Spanien und England im Vergleich<sup>1</sup>**

Am 16. Dezember 1773 griffen als Indianer verkleidete neuenglische Händler in Boston ein mit Tee beladenes Schiff der englischen Ostindienkompagnie an. Sie warfen die hochbesteuerte Ladung, die zur Finanzierung des britischen Empire beitragen sollte, ins Meer. Dies war der Auftakt – so steht es in den Schulbüchern – zum nordamerikanischen Unabhängigkeitskampf. Sieben Jahre später, 1780, proklamierte in Südamerika der Mestize und Transportunternehmer Tupac Amaru el Inca die Wiederkehr der inkaischen Herrschaft und rief zum Aufstand gegen die koloniale Administration auf. Auslöser dieser Revolte, die ein Jahr lang den andinen Raum erschütterte, war die Errichtung neuer Zollgrenzen und die Erhöhung der Akzise – einer an den Stadttoren erhobenen Umsatzsteuer – von 4% auf 6%. Warum kam es im ausgehenden 18. Jahrhundert in den englischen Kolonien Nordamerikas und in den spanischen Kolonien Südamerikas zu Steuerrevolten mit weitreichenden politischen Konsequenzen, obwohl das nominale Steueraufkommen unter dem der jeweiligen Mutterländer lag, dort aber keine derartigen Aufstände erfolgten? Die Ausgestaltung der imperialen Wirtschafts- und Steuersysteme könnte eine Antwort auf diese Frage liefern.<sup>2</sup>

Bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert besaß Spanien unter den europäischen Kolonialmächten das größte außereuropäische Kolonialreich. Es beherrschte ein Territorium, das sich von Colorado, Texas und California im Norden bis zum Río de la Plata im Süden erstreckte und zu dieser Zeit von ca. 15 Millionen Menschen bewohnt wurde. In den

---

<sup>1</sup> Für zahlreiche Anregungen und eine kritische Durchsicht des Textes möchte ich Hermann Wellenreuther, Göttingen, danken.

<sup>2</sup> Zur Rentabilität von Imperien aus Sicht der Mutterländer siehe die *RHE* 16 (1998).

hispanoamerikanischen Kolonien lagen bedeutende Städte, wie die größte und reichste Metropole des amerikanischen Doppelkontinents, Mexiko-Stadt. Das Kolonialgebiet umfaßte aber auch nahezu menschenleere Urwaldregionen, Steppen und Wüsten. Im Gegensatz zum spanischen Imperium nahm sich der englische Kolonialbesitz bis zu diesem Zeitpunkt eher bescheiden aus. Neben den karibischen Inseln wie Barbados und Jamaica waren es vor allem die Neuenglandstaaten sowie Virginia, Maryland und Carolina an der Ostküste Nordamerikas mit ihren 2,5 Millionen Einwohnern, die den Kern des ersten britischen Empire bildeten. Hinzu kamen Stützpunkte an der afrikanischen Küste und die Anfänge des kolonialen Besitzes in Indien.

Die Situation in den Mutterländern – in Spanien und in England – entsprach in keiner Weise den Verhältnissen in Übersee. In England lebten etwa 6 Millionen Menschen, und hier zeichnete sich seit dem Ende des 17. Jahrhunderts die erste Phase der Industrialisierung ab. Handel und Finanzwesen expandierten. Spanien, die europäische Großmacht des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts, besaß Ende des 18. Jahrhunderts wieder eine Bevölkerung von ca. 10 Millionen Menschen, war allerdings in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, nach der Niederlage im Dreißigjährigen Krieg, im europäischen Kontext zu einer zweitrangigen Macht abgesunken. Zwar gelang es der Iberischen Halbinsel im Verlauf des 18. Jahrhunderts an dem überall in Europa zu beobachtenden konjunkturellen Aufschwung zu partizipieren, und gegen Ende des Jahrhunderts lassen sich auch erste Ansätze der Industrialisierung finden, doch gelang es Spanien nicht, seine alte Position im europäischen Mächtekonkurrenz zurückzugewinnen.

Auch in verfassungspolitischer Hinsicht unterschieden sich die beiden Imperien grundsätzlich voneinander. Während in England seit der Glorious Revolution 1688 die königliche Autorität stark zurückgedrängt worden war und das Parlament über Gesetze, Steuern und Staatsfinanzen wachte, hatte sich in Kastilien bereits im ausgehenden 15. Jahrhundert eine Frühform absolutistischer Herrschaft entwickelt, und mit der Ankunft der Bourbonen im 18. Jahrhundert setzte sich der aufgeklärte Absolutismus auch in Katalonien durch. Eine ständische oder gar parlamentarische Partizipation an politischen Entscheidungen und der Ausgestaltung des staatlichen Finanzwesens war damit ausgeschlossen. Spanien und England durchliefen somit in der Frühen Neu-

zeit eine gegensätzliche wirtschaftliche und politische Entwicklung, dennoch standen beide Mächte in enger Beziehung zueinander, konkurrierten sie doch seit Jahrhunderten um die Seeherrschaft und den Besitz amerikanischer Kolonien.

Die wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung dieser Kolonien für die Mutterländer ist sehr unterschiedlich bewertet worden. So waren die Vertreter der Imperialismustheorie der Ansicht, daß das englische Kolonialreich im wesentlichen dem ökonomischen Nutzen des Mutterlandes diene und die englische Politik sowie die militärischen Auseinandersetzungen mit anderen europäischen Staaten sich größtenteils auf die kolonialen Ansprüche zurückführen ließen.<sup>3</sup> Diese These stützt sich auf zahlreiche Äußerungen prominenter kolonialer Autoren wie zum Beispiel Benjamin Franklin. Demgegenüber legen Wirtschaftshistoriker wie Patrick O'Brien dar, daß die kolonialen Absatzmärkte und Rohstofflieferungen insgesamt gesehen für die englische Industrialisierung vergleichsweise unbedeutend waren (O'Brien/Prados de la Escosura 1998: 51). Studien zum britischen Steuersystem gehen nicht direkt auf die Kolonien ein.<sup>4</sup> Allenfalls bei den Analysen der britischen Staatsausgaben weist man im Zusammenhang mit den Aufwendungen für die Kriegsführung und die Marine auf die überseeischen Besitzungen hin (Davis/Huttenback 1982; Peacock/Wiseman 1961). Schließlich diskutieren Studien zum Industrialisierungsprozeß in Großbritannien, in Anlehnung an Adam Smith und David Ricardo, die Frage, ob die hohe Staatsverschuldung nicht die Industrialisierung verzögert habe (Black/Gilmore 1990). Da das staatliche Defizit von den zahlreichen europäischen und kolonialen Kriegen verursacht wurde, hätte, wenn die These von Smith und Ricardo stimmt, der Aufbau und die Verteidigung des Empire die Industrielle Revolution in England nicht gefördert – wie koloniale Autoren postulierten –, sondern behindert.

Auch für das spanische Imperium wird die These des Nutzens der Kolonien für das Mutterland kontrovers diskutiert. So stellte man fest, daß die Einkünfte der spanischen Krone aus den Kolonien seit dem 16. Jahrhundert nur ein Drittel der Einnahmen betragen, die private

---

<sup>3</sup> Siehe die kritische Betrachtung dieser Diskussion bei Engerman (1998).

<sup>4</sup> Cf. Beckett/Turner (1990); O'Brien (1988; 1993). Anderson (1974) schaltet bei seinen Berechnungen sogar als erstes den Außenhandel aus.

Kaufleute im Amerikahandel erzielten. Die Steuereinnahmen aus den Kolonien reichten im 18. Jahrhundert allerdings nicht, um die Flotte des Mutterlandes zu finanzieren, die im wesentlichen dazu diente, das überseeische Imperium zu sichern (Barbier 1980; 1984). Studien, die die Bedeutung der kolonialen Märkte für den Beginn der Industrialisierung in Katalonien untersuchen, kommen zu widersprüchlichen Ergebnissen (Delgado 1995; Yun-Casalilla 1998).

Die gegensätzlichen Interpretationen der Auswirkungen kolonialer Herrschaft – bei denen sich seit dem 18. Jahrhundert die politisch argumentierenden Advokaten der Unabhängigkeit der amerikanischen Kolonien und die ökonomisch rechnenden Vertreter metropolitaner Interessen gegenüberstehen – sollen zunächst anhand der Strukturen und Entwicklungen des spanischen und englischen Staatshaushaltes verdeutlicht werden.<sup>5</sup> Ein Vergleich der Finanzsysteme beider Staaten wird die unterschiedlichen Formen, aber auch die Gemeinsamkeiten erkennen lassen, mit denen ein Imperium finanziert werden konnte, und Hinweise auf die Auswirkungen der Staatsausgaben erlauben. Dabei wird insbesondere nach den sozialen und regionalen Verteilungswirkungen von Einnahmen und Ausgaben zu fragen sein. Hierbei ist insbesondere den Interessen der Kaufmannschaft der europäischen Mutterländer und der amerikanischen Kolonien Aufmerksamkeit zu widmen, da diese Gruppen wesentlich zum Zusammenhalt der sich über mehrere Kontinente erstreckenden multikulturellen Reiche beitrugen.

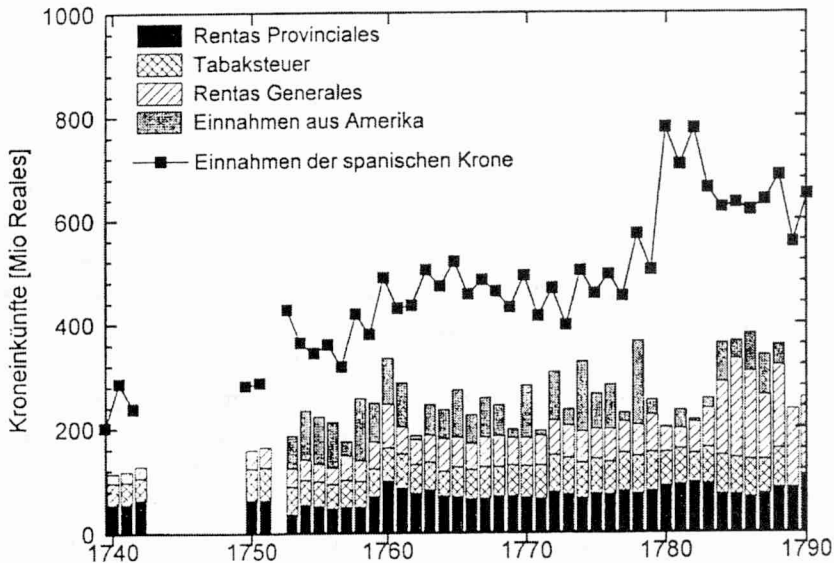
Die Einnahmen der spanischen Krone im 18. Jahrhundert (Graphik 1) lassen sich in Abhängigkeit von ihrer Erhebung und ihrem Aufkommen unterteilen.<sup>6</sup> Die Einnahmeart mit dem höchsten Aufkommen stellten die *rentas provinciales* dar. Hierbei handelte es sich um einen Sammelbegriff für eine Vielzahl direkter und indirekter Abgaben, die in Kastilien von der Ständeversammlung, den Cortes, gewährt, von den Städten erhoben und an die Krone abgeführt wurden. Im 18. Jahrhundert waren die meisten Städte dazu übergegangen, die gesamten *rentas*

---

<sup>5</sup> Zu den europäischen Steuersystemen in der frühen Neuzeit siehe auch Bonney (1995).

<sup>6</sup> Die Darstellung des spanischen Finanzwesens beruht auf Pieper (1988; 1990). Siehe außerdem Barbier/Klein (1981; 1985); Merino (1981); White (1987); Tedde (1989).

Graphik 1: Einnahmen der spanischen Krone (1740-1790)



Quelle: Pieper (1988: 87-136)

*provinciales* durch ein Umlageverfahren von ihren Vollbürgern zu erheben. Dadurch waren die *rentas provinciales* in wesentlichen Teilen zu direkten Steuern geworden, deren Aufkommen stagnierte. Lediglich die Ablösung der Steuerpacht und die Verwaltung dieser Einnahme durch staatliche Beamte führten in den fünfziger Jahren zu einer Erhöhung der Erträge um 15%. Erst 1786 wurden die Steuersätze der *rentas provinciales* schrittweise erhöht, so daß ihr Aufkommen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts um ein Drittel anstieg.

Die *rentas provinciales* wurden seit dem 16. Jahrhundert im wesentlichen von den zu jener Zeit prosperierenden Regionen des Königreichs Kastilien, das heißt Altkastilien und dem Norden Neukastiliens, erbracht. Eine Anpassung der Verteilung an die sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts verlagernden ökonomischen Schwerpunkte zu den Küstenregionen der Iberischen Halbinsel erfolgte nicht. Somit waren im 18. Jahrhundert die von dieser Steuer am stärksten belasteten Personen diejenigen, die in den ursprünglich reichen, nun aber verarmten Städten im Zentrum der Iberischen Halbinsel lebten.

Als zweites ist auf die Einnahmen aus dem Tabakmonopol hinzuweisen, das die Krone im 18. Jahrhundert einrichtete. Der aus Hispanoamerika importierte Tabak wurde in der berühmten königlichen Tabakmanufaktur von Sevilla verarbeitet und über staatliche Verkaufsstellen vertrieben. Da die Tabakpreise von der Krone festgesetzt wurden, stellten die Einkünfte aus dem Tabakmonopol eine wichtige Einnahmeart dar, die unabhängig von der Zustimmung der Cortes war. Ihr Aufkommen wurde erst nach 1783 von den Zöllen übertroffen. Die höchsten Beiträge aus dem Tabakmonopol kamen im 18. Jahrhundert aus den prosperierenden Küstenregionen Katalonien und Andalusien. Über die soziale Verteilung dieser Einnahmeart kann nur spekuliert werden. Die außerordentliche Höhe des Aufkommens legt allerdings nahe, daß hiervon alle Schichten der Bevölkerung betroffen waren.

Neben den *rentas provinciales* und dem Tabakmonopol trugen vor allem die Zolleinnahmen zur Finanzierung der spanischen Monarchie bei. Die Zölle wurden anhand festgesetzter Preise erhoben, wodurch ihr Ertrag zwar der mengenmäßigen Entwicklung des Handels folgte, nicht aber dem Preisniveau, das sich seit 1750 langsam erhöhte. In den fünfziger Jahren verdoppelten sich die Zolleinnahmen, da auch hier die Pächter durch staatliche Beamte ersetzt wurden. Eine weitere Verdoppelung erfolgte 1784, als eine neue, für alle Zollstationen in Spanien gültige Preisliste (*arancel*) in Kraft trat, die die Besteuerungsgrundlage an das allgemeine Preisniveau anpaßte.

Die höchsten Zolleinnahmen erhielt die Krone aus den Zentren des überregionalen Handels, das heißt aus Cádiz und Barcelona. Es ist davon auszugehen, daß die Ein- und Ausfuhrzölle nur zum Teil an die Konsumenten weitergegeben oder auf die Produzenten zurückgewälzt werden konnten, da die genannten Hafenstädte vor allem als Entrepôt für den Zwischenhandel genutzt wurden. Denn in Cádiz und Barcelona trafen sich die von den westeuropäischen Küstenregionen ausgehenden Handelsströme und die über Mitteleuropa und Frankreich verlaufenden Handelswege mit denen, die aus dem Mittelmeerraum und der Levante kamen, sowie dem Überseehandel. Träger dieser Zölle werden daher die spanische Kaufmannschaft und ihre ausländischen Handelspartner gewesen sein. Es ist nicht anzunehmen, daß es den spanischen oder fremden Großhändlern gelang, über Preiserhöhungen die Zölle vollständig

auf die Endverbraucher in Kastilien oder in anderen europäischen Regionen zu überwälzen.

Alle übrigen Steuern und Abgaben trugen nur zu einem Drittel zu den staatlichen Einkünften bei. Hierzu gehörte unter anderem eine Kopfsteuer, das heißt die Ausgleichszahlung der Gebiete der Krone Aragons für die *rentas provinciales*, die in diesen Gebieten nicht erhoben wurden. Da der Betrag dieser Ausgleichszahlung Anfang des 18. Jahrhunderts festgelegt worden war, verlor er im Verlauf des Jahrhunderts immer stärker an Bedeutung. Insgesamt erhielt die spanische Krone ihre Einnahmen aus dem Mutterland etwa je zur Hälfte aus direkten und indirekten Steuern. Diese Einnahmen verdreifachten sich nahezu im Verlauf des 18. Jahrhunderts. Zwar gehörten Andalusien und Katalonien zu den Regionen mit dem höchsten Steueraufkommen; berücksichtigt man aber die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Bevölkerungsverteilung, so war die Steuerbelastung in den kastilischen Binnenregionen am höchsten. Das starre Steuersystem führte dazu, daß im 18. Jahrhundert eine Einkommensumverteilung zugunsten Kataloniens, des Baskenlandes und Andalusiens erfolgte. Hinsichtlich der sozialen Verteilung der Besteuerung ist davon auszugehen, daß alle Gruppen der Bevölkerung erfaßt wurden, denn die zahlreichen Steuerprivilegien für Adel und Klerus wurden durch eine sehr breit gestreute Besteuerungsgrundlage ausgehöhlt. Die nicht privilegierten und unteren sozialen Schichten werden wegen der regressiven Wirkung der indirekten Steuern im Verhältnis zu ihrem Einkommen stärker belastet worden sein als wohlhabende Groß- und Überseekaufleute.

Schließlich ist auf die Kreditaufnahme der spanischen Krone einzugehen. Das Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges, an dem sich Spanien an der Seite Frankreichs beteiligt hatte, bedeutete zunächst auch das Ende der Kreditwürdigkeit der spanischen Krone, da diese 1739 den Staatsbankrott erklären mußte. Nach den Finanzreformen in den fünfziger Jahren und durch eine relativ restriktive Haushaltspolitik, bei der in den sechziger Jahren sogar kurzfristig Gelder in ein Depot eingestellt wurden, konnten Anfang der achtziger Jahre wieder neue langfristige Kredite aufgenommen werden. Hierbei handelte es sich um Schuldverschreibungen mit Zahlungsmittelfunktionen, die *vales reales*, die zuerst 1781-1783 ausgegeben wurden. Der Schuldendienst der spanischen Krone stieg daraufhin in den achtziger Jahren auf 10% der

Staatseinnahmen an. Als dann 1794 die Koalitionskriege ausbrachen, wurden die *vales reales* in großem Stile zur Kriegsfinanzierung ausgegeben. Damit war die finanzielle und wirtschaftliche Erholung der spanischen Monarchie beendet, und nun wird man auch davon ausgehen können, daß die staatliche Kreditaufnahme den Finanzmarkt zuungunsten der privaten für produktive Zwecke zur Verfügung stehenden Kredite belastete.

1751 schrieb der Marqués de la Ensenada, der damalige spanische Finanzminister, in einer Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung der Staatsfinanzen, daß etwa 20% der Einnahmen der spanischen Krone aus Amerika kämen (Ozanam 1980: 82). Dieser Betrag, den die Abrechnungen der vorangegangenen Jahre ergeben hatten, sollte sich im Verlauf der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wegen der Reformmaßnahmen der bourbonischen Könige verringern, obwohl diese unter anderem eine stärkere Inwertsetzung der Kolonien für das Mutterland beabsichtigt hatten. Trugen die Einkünfte aus Amerika in den fünfziger Jahren noch etwa zu einem Fünftel zum spanischen Staatshaushalt bei und übertrafen damit alle andere Einzeleinnahmen, wie zum Beispiel das Aufkommen aus den *rentas provinciales*, so ging ihr Anteil am Staatshaushalt in der Folge stetig zurück. In den sechziger Jahren trugen die amerikanischen Kolonien zwischen 20% und 11% zum Gesamtbudget bei. Der Rückgang der Einnahmen aus Hispanoamerika in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß das Militär in Übersee verstärkt sowie Marine und Verwaltung ausgebaut wurden. Zur Finanzierung dieses erweiterten Militär- und Beamtenapparates erhöhte man zwar die Steuern in den Kolonien, dies rief aber die eingangs erwähnten Revolten hervor. Hinzu kam, daß zu Beginn der achtziger Jahre während des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges die spanischen Häfen durch englische Schiffe blockiert wurden. Nach dem Frieden von Paris 1783 trugen die im folgenden Jahr in Spanien eintreffenden Silberlieferungen immerhin zu 12% zum spanischen Staatshaushalt bei. Während der Koalitionskriege Ende der neunziger Jahre variierten die Einnahmen aus Hispanoamerika sehr stark, denn in den Jahren, in denen keine Schiffe zwischen Spanien und Hispanoamerika verkehren konnten, sammelten sich die Staatseinkünfte in den kolonialen Kassen; waren die Häfen wieder offen, so flossen große Summen Edelmetalls nach Europa (Pie-



per 1990; Yun-Casalilla 1998: 125-126). Die Einnahmen aus den Kolonien stellten daher für die Krone eine sehr unregelmäßig fließende Finanzquelle dar, die zumal in Kriegszeiten vollständig zu versiegen drohte. Sie konnte den Zusammenhalt des Imperiums in Kriegs- und Krisensituationen nicht gewährleisten.

Die wichtigste Einnahmequelle der Krone in den Kolonien war seit jeher die Besteuerung des Bergbaus.<sup>7</sup> Gold- und Silberförderung unterlagen Steuersätzen zwischen 10% und 20%. Außerdem bezog die Krone Einnahmen aus dem Quecksilbermonopol. Die wichtigste Einnahmeart der kolonialen Verwaltung beruhte also auf der Besteuerung der Produktion eines einzigen Sektors, des Bergbaus. Die Einnahmen aus der Edelmetallproduktion wurden erst in den achtziger Jahren von den Handels- und Konsumabgaben übertroffen, nachdem die Steuersätze der Generalakzise (*alcabala*), die Ein- und Ausfuhrzölle, die an den amerikanischen Häfen erhoben wurden, sowie die Abgaben auf spezielle Konsumgüter drastisch erhöht worden waren. Hinzu kam die Errichtung von Kronmonopolen für Branntwein und Tabak. Die Einnahmen aus dem Indianertribut, einer Kopfsteuer, die ausschließlich von der indianischen Bevölkerung zu zahlen war, die dafür keine Konsum- und Handelssteuern zu entrichten hatte, beliefen sich auf etwa die Hälfte des Aufkommens aus der Besteuerung der Edelmetallproduktion.

Im Gegensatz zu den *rentas provinciales*, die im Mutterland als Kopf- bzw. Einkommensteuer erhoben wurden, werden in Amerika die Handels- und Konsumsteuern größtenteils von den städtischen Konsumenten getragen worden sein. Von Steuererhöhungen und der Einrichtung von Monopolen waren zunächst die Händler betroffen, die dann versuchten, ihre Steuerlast auf die Konsumenten zu überwälzen. Daß dies nicht immer möglich war, zeigt sich daran, daß die eingangs erwähnten Proteste gegen die Steuererhöhungen vor allem von den im Handel engagierten Bevölkerungsgruppen ausgingen. An den Protesten beteiligten sich sowohl weiße Händler wie mestizische und indianische Kaufleute. Auch bei den Zöllen werden Abgaben zunächst von den Exporthändlern getragen worden sein, zumindest soweit es sich um Ausfuhrzölle handelte, die die Edelmetallexporte, Farbstoffe und Plantagen-

---

<sup>7</sup> Zu den kolonialen Finanzen siehe TePaske/Klein (1982); TePaske et al. (1976); Slicher van Bath (1989).

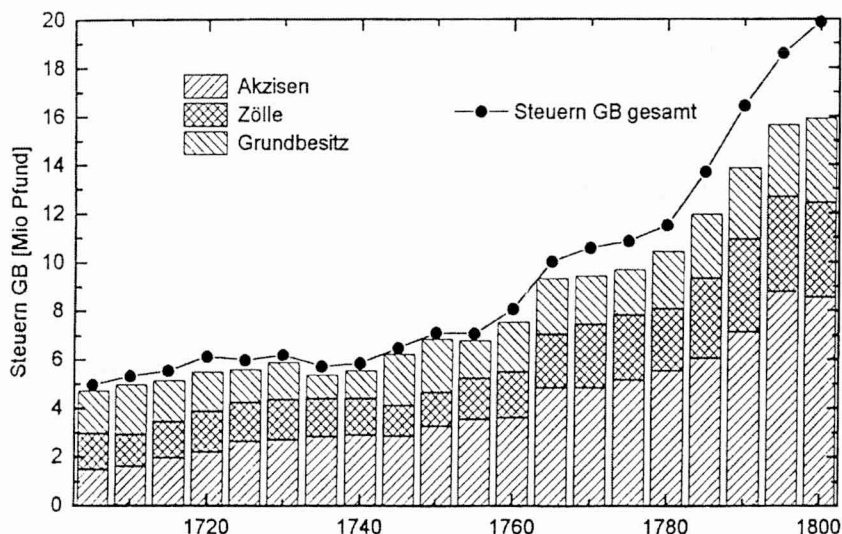
erzeugnisse betrafen. So wird der im 17. Jahrhundert überhandnehmende Schmuggel darauf zurückzuführen sein, daß sich die Kaufmannschaft sinkenden Umsätzen und Gewinnspannen gegenüber sah und versuchte, ihre Situation durch Steuerhinterziehung zu verbessern. Die Abgaben auf die Edelmetallproduktion werden von den Minenbesitzern getragen worden sein, da diese nahezu keine Möglichkeit besaßen, die Steuerlast auf die Gold- und Silberhändler zu überwälzen. Einer Rückwälzung auf die indianischen Arbeitskräfte durch eine Senkung der Löhne waren angesichts des Arbeitskräftemangels und des im Vergleich zu Europa hohen Lohnniveaus Grenzen gesetzt (Pieper/Sánchez 2000). Die Einführung des Indianertributs hatte im 16. Jahrhundert zu Aufständen geführt; im 18. Jahrhundert, als wieder ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen war, verteilte sich die Steuerlast auf eine größere Zahl von Personen, da die von den indianischen Gemeinden abzuführenden Tributzahlungen nur in größeren Zeitabständen und nach aufwendigen Bevölkerungserhebungen angepaßt wurden. Insgesamt wird man feststellen können, daß die Steuerlast in den amerikanischen Kolonien auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts absolut, in bezug auf die Steuersätze, und erst recht im Verhältnis zur Wirtschaftskraft und zur Bevölkerung, unter der des Mutterlandes lag. Auch die im Zuge der Bourbonischen Reformen notwendige Kreditaufnahme lag unter der in Spanien. Allerdings wurden die Belastungen im 18. Jahrhundert stark erhöht. Zunächst betrafen sie die im Binnenhandel engagierten Kaufleute, die höhere Akzisen zahlen mußten und auf den Handel mit Branntwein und Tabak zu verzichten hatten. Dieser Personenkreis, der in den kolonialen Stadträten gut vertreten war, organisierte dann auch die Aufstände gegen die spanische Administration (O'Phelan 1985). Außerdem werden die Steuererhöhungen zu der in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts einsetzenden Depression beigetragen und damit den Unabhängigkeitsprozeß unterstützt haben.

In England (Graphik 2) trugen vorwiegend indirekte Steuern zur Finanzierung des Staates bei.<sup>8</sup> An erster Stelle sind die Akzisen zu nennen, die den Umsatz spezieller Güter besteuerten. Die Akzisen wurden von einem spezialisierten Beamtenapparat erhoben, der England

---

<sup>8</sup> Mathias/O'Brien (1976); O'Brien (1988; 1993); Beckett (1985); Anderson (1974). Zu den Steuerwirkungen siehe auch Beckett/Turner (1990); Wellenreuther (1974).

Graphik 2: Steuereinnahmen des britischen Staates (1700-1800)



Quelle: O'Brien (1988: 9); Beckett (1985: 306)

wie ein Netz überzog, das zur Grenze nach Schottland und Wales immer dünner wurde. Diese Organisation ermöglichte die Einführung neuer Akzisen oder eine Erhöhung der Steuersätze, ohne daß sich der Verwaltungsaufwand merklich gesteigert hätte. Die Einnahmen aus den Akzisen konnten auf diese Weise im Verlauf des 18. Jahrhunderts versechsfacht werden, wobei sich eventuelle Proteste gegen die Form der Erhebung und gegen die damit verbundenen Eingriffe in die Privatsphäre richteten, nicht aber gegen die Besteuerung als solche. Der Anteil der Akzisen an den Gesamteinnahmen belief sich 1720 auf ein Drittel und hatte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fast auf 50% aller Steuereinkünfte erhöht. Ende der achtziger Jahre entfielen somit auf die Besteuerung von Bier, Malz und Hopfen fast ein Viertel der englischen Staatseinnahmen. Dies läßt erkennen, daß die Akzisen von den Konsumenten aus allen Schichten der Bevölkerung getragen wurden. Hinsichtlich ihrer sozialen und Einkommensverteilung handelte es sich somit um den Prototyp indirekter Steuern, mit einer degressiven

Einkommensbelastung, das heißt einer relativ hohen Belastung der unteren sozialen Gruppen.<sup>9</sup>

Die Einfuhrzölle trugen zu einem Viertel zum englischen Steueraufkommen bei. Sie wurden wie in Spanien anhand von Preislisten erhoben, die Ende des 17. Jahrhunderts aufgestellt worden waren, und die erst in Kriegszeiten, dem Siebenjährigen Krieg und dem Nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg, erhöht wurden. Die Verdreifachung der Zolleinnahmen im Verlauf des 18. Jahrhunderts ist daher ähnlich wie in Spanien auf Steuererhöhungen und auf eine Zunahme des Handelsvolumens zurückzuführen. Die wichtigsten Zolleinnahmen resultierten 1788-92 aus der Besteuerung von Zucker und Rum (50%) sowie Tabak (15%) und Tee (15%). So unterlag Rum einem 60%igen Zoll, Tabak wurde mit 83% belastet, und auf Tee wurde ein Einfuhrzoll in Höhe von 12% erhoben (O'Brien 1988: 11). Angesichts der Struktur der englischen Importe und Zolleinnahmen ist davon auszugehen, daß die Abgaben weitgehend auf die Verbraucher in England und auf dem Kontinent überwältzt werden konnten, das heißt, die englischen Großkaufleute waren hiervon allenfalls marginal betroffen. Aus der Besteuerung des Konsums von Gütern, die aus den amerikanischen Kolonien oder Ex-Kolonien stammten, erzielte der englische Staat somit durchschnittlich 15% seiner Einnahmen.

Neben diesen indirekten Steuern verblieb noch ein weiterer Posten, die sogenannte *land tax* und die *assessed taxes* (Luxussteuern, Steuern auf Hunde, Haarpuder, männliche Bedienstete etc.). Sie wurden von den oberen sozialen Schichten erhoben, und entsprechend sank auch ihre relative Bedeutung im Verlauf des 18. Jahrhunderts von 30% auf 18% der gesamten Staatseinnahmen. Die absolute Höhe des Aufkommens blieb relativ konstant. So lagen die Einnahmen aus der Besteuerung von Landbesitz und Wohnungseigentum 1788-92 bei 2,8 Mio. Pfund, während die Akzise auf Bier, Malz und Hopfen fast 4 Mio. Pfund erbrachte. Die Einnahmen des englischen Staates aus seinen kolonialen Besitzungen sind wesentlich schwerer abzuschätzen als beim spanischen Imperium, das eine gesonderte Rechnungslegung für diese Einkünfte besaß. Die einschlägigen Untersuchungen zum englischen Staatshaus-

---

<sup>9</sup> Zur Diskussion um die Ermittlung der Steuerinzidenz siehe McCloskey (1978); Mathias/O'Brien (1978).

halt erwähnen weder Einnahmen noch Ausgaben, die mit dem Imperium zusammenhingen. Dies erklärt sich aus der Tatsache, daß die Steuern des britischen Parlaments, die in Nordamerika erhoben wurden, noch nicht einmal zur Deckung der dortigen kolonialen Verwaltung und des dort stationierten Militärs ausreichten. Die Selbstverwaltungsorgane der englischen Kolonien wurden über lokale Steuern finanziert. Hinzu kommt, daß Nordamerika offensichtlich nur geringen Zugang zu den hispanoamerikanischen Märkten hatte und sich daher auch nicht mit Münzmetallen versorgen konnte, so daß in den englischen Kolonien Papiergeld umlief. Dieses wurde von den Engländern nicht als Zahlungsmittel anerkannt. Somit standen nur Wechsel und Waren zum Transfer von Wirtschaftswerten von den Kolonien ins Mutterland zur Verfügung.

Einzig das Steueraufkommen aus der Einfuhr der Kolonialwaren, wie Zucker, Rum und Tee bzw. Tabak, läßt einen Zusammenhang zwischen Mutterland und Kolonien erkennen. Die Besteuerung kolonialer Produkte erbrachte zwischen 12% und 20% der Steuereinnahmen der englischen Krone. Diese Steuern wurden zwar bei den englischen Importeuren erhoben, diese konnten sie aber an die große Zahl der englischen und kontinentaleuropäischen Konsumenten über Preiserhöhungen weitergeben, denn Tabak, Tee und Zucker wurden von allen Schichten der Bevölkerung verbraucht. Daneben ist auf eine mögliche Rückwälzung der Steuerlast auf die amerikanischen Händler und Produzenten hinzuweisen. Beide Phänomene werden in den politischen Äußerungen nordamerikanischer Politiker betont: die überhöhten Teepreise waren ein Zeichen der Vorwälzung auf die Konsumenten, die Schwierigkeit, angemessene Preise für die eigenen Produkte auf dem englischen Markt zu erzielen, kann als Hinweis auf eine Rückwälzung interpretiert werden.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die indirekten Steuern in England etwa zwei Drittel der Einnahmen darstellten und sich die gesamten Steuereinnahmen im Verlauf des 18. Jahrhunderts vervierfachten. Der weitaus größte Teil wurde – so wie in Spanien – von den unteren sozialen und Einkommenschichten getragen. Da im Verlauf des 18. Jahrhunderts in England die Lohneinkommen und das Handelsvolumen stiegen, erhöhte sich – Schätzungen zufolge – die reale Steuer-

belastung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts für die Bezieher von Arbeitseinkommen 'nur' um 50% (Mathias/O'Brien 1976).

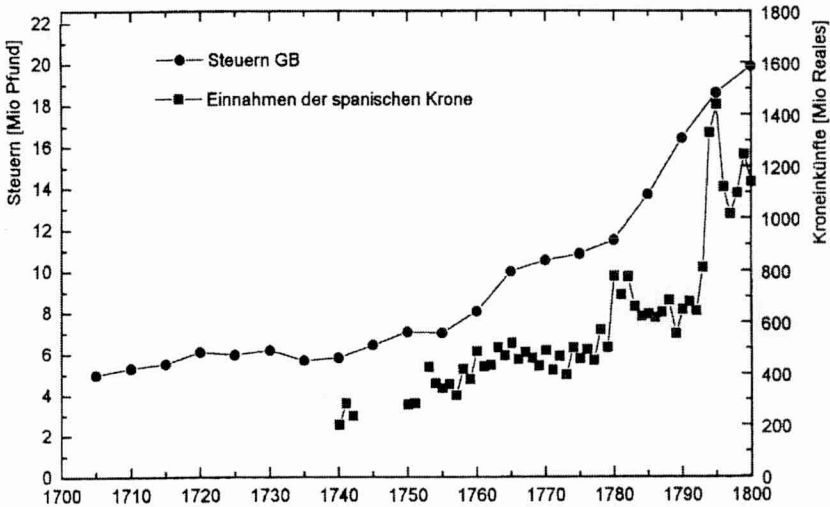
Dieser Anstieg der Einkünfte gestattete dem englischen Staat eine höhere Kreditaufnahme, als dies der spanischen Krone möglich war, da die grundlegende Reform des Steuerwesens nach der Glorious Revolution nicht nur ungeahnte Steigerungsraten der Abgaben ermöglichte, sondern auch die Kreditwürdigkeit des englischen Staates verbesserte. So stieg die Staatsverschuldung bis zum Ende des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges von 15 Millionen auf 250 Millionen Pfund. Entsprechend erhöhte sich auch der Schuldendienst, der 1785 nahezu 56% der Steuereinnahmen beanspruchte. Zwar konnte ein großer Teil der Gelder am internationalen Kreditmarkt aufgenommen werden, als sich die Holländer aber zu Beginn der achtziger Jahre aus England zurückzogen, schränkte dies in einer kritischen Phase die Finanzierungsmöglichkeiten des englischen Staates ein.<sup>10</sup> Nun wird es zu *crowding out*-Effekten gekommen sein – der Verdrängung Privater vom Kapitalmarkt –, die die Industrialisierung in England verlangsamten.

Ein Vergleich der spanischen und der englischen Staatseinnahmen (Graphik 3) zeigt die Unterschiede zwischen der Besteuerung im Rahmen einer absolutistischen Herrschaft, bei der die Finanzpolitik von der Krone und dem Finanzministerium unter Berücksichtigung des von den Städten und den privilegierten Ständen vorgegebenen Rahmens bestimmt wurde, und der Staatsfinanzierung unter Kontrolle eines Parlaments. Dies hatte zur Folge, daß das Steueraufkommen in Spanien weniger flexibel war, da Steuererhöhungen später erfolgten als in England. Da Spanien und England jeweils an denselben europäischen und kolonialen Kriegen beteiligt waren, erhöhte sich auch ihr Finanzbedarf zur gleichen Zeit, aber das englische Parlament reagierte schneller als die spanische Krone, denn die britischen Steuereinkünfte stiegen zwischen 1753 und 1792 um 260%, während die gesamten Einnahmen der spanischen Krone sich im gleichen Zeitraum lediglich um 150% erhöhten.

---

<sup>10</sup> Zur Bedeutung des Amsterdamer Kapitalmarktes siehe Riley (1980).

Graphik 3: Staatseinkünfte in Großbritannien und Spanien (1700-1800)



Quelle: siehe Graphik 1 und 2

Ein weiterer Vorteil der Reorganisation des englischen Finanzwesens als Folge der Glorious Revolution betraf die Höhe der Besteuerung. Legt man die gültigen Wechselkurse zugrunde, waren die Steuereinnahmen in England trotz einer sehr viel geringeren Bevölkerung doppelt so hoch wie in Spanien. Die Flexibilität des Steueraufkommens und die recht hohen Erträge werden im wesentlichen auf den sehr hohen Anteil der indirekten Steuern in England zurückzuführen sein, die sich leichter auf die breite Bevölkerung verteilen ließen, als dies bei direkten Steuern der Fall war. Außerdem stießen indirekte Steuern durch ihre degressive Belastung im Parlament, bei den Großkaufleuten und der Gentry auf weniger Widerstand als die direkten. In Spanien wurden die städtischen Mittel- und Oberschichten durch das Umlageverfahren der *rentas provinciales* stärker zur Staatsfinanzierung herangezogen. Da England trotz einer geringeren Bevölkerung über eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit verfügte, waren die Unterschiede in der Steuerbelastung nicht so gravierend. In Kastilien lag der Staatsanteil 1756 mit ca. 16% nur geringfügig über dem Anteil des englischen Staates am Sozialprodukt, der ca. 10% betrug. Um 1800 hatte sich der

Staatsanteil in England auf 13% erhöht, und es ist davon auszugehen, daß er zu dieser Zeit auch in Spanien weiter angestiegen war.<sup>11</sup>

Ungeachtet dieses Anstiegs der Steuerbelastung kam es weder auf der britischen Insel noch auf der Iberischen Halbinsel zu Unruhen, diese blieben auf die jeweiligen amerikanischen Kolonien beschränkt, als man auch diese zu erhöhten Finanzleistungen heranziehen wollte. Der direkte Beitrag der spanischen Kolonien und die Einnahmen aus dem Tabakmonopol in Spanien betrug etwa die Hälfte des Betrags der Zolleinnahmen aus dem Import kolonialer Erzeugnisse in England. Sowohl im englischen wie auch im spanischen Imperium trugen die Steuereinnahmen, die sich aus dem Besitz der Kolonien ergaben, 10-20% zum Gesamtbudget bei. In beiden Fällen wurden wesentliche Teile der Steuerlast auf die europäischen Konsumenten überwältigt. So stellten die Einnahmen aus den Kolonien im britischen und im spanischen Imperium lediglich eine Ergänzung der metropolitanen Finanzen dar, so wie der spanische Finanzminister, der Marqués de la Ensenada, dies formuliert hatte.

Bei der Analyse der Staatsausgaben ist vor allem nach den Umverteilungswirkungen zu fragen. Die Entwicklung der Ausgaben für die Marine und ihr Anteil am Staatshaushalt, also des wichtigsten Instruments zur Aufrechterhaltung der imperialen Herrschaft, zeigt, daß sowohl der spanische als auch der englische Staatshaushalt große Teile seiner Ausgaben für die Marine bestimmten. In Spanien verbrauchten Heer und Marine in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts etwa zwei Drittel der gesamten Ausgaben. Dabei war der Anteil der Ausgaben für das Heerwesen im Durchschnitt etwa doppelt so hoch wie für die Marine. Somit wurden etwa 20% der Einnahmen für die königliche Marine verwandt. In Kriegsjahren, so während des Siebenjährigen Krieges, stieg der Anteil, den die Flotte verbrauchte, auf ein Drittel der Gesamtausgaben. Dies erfolgte nochmals im Jahre 1782, gegen Ende des US-amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Einen weiteren Höhepunkt erreichten die Ausgaben für die Flotte zu Beginn der Koalitionskriege in den Jahren 1794 und 1795 (Merino 1981; Pieper 1988: 138).

---

<sup>11</sup> O'Brien (1993: 175); Pieper (1988: 45; 138); cf. Yun-Casalilla (1998: 125-126).



Auch in England flossen etwa zwei Drittel der Ausgaben in das Heerwesen und in die Marine (O'Brien 1988: 2). Legt man das Verhältnis zwischen Schiffsbesatzungen und den im Heer eingesetzten Soldaten als Maßstab für die Aufwendungen für Marine und Heer zugrunde, so lag der Anteil für die Marine bei über einem Drittel der Gesamtausgaben. Somit übertraf der Anteil der Ausgaben für die Marine in Großbritannien das Verhältnis in Spanien. Da das englische Budget aber doppelt so hoch wie das spanische war, standen der spanischen Marine nur 40% der Gelder zur Verfügung, die die englische Marine erhielt. Die Niederlage der spanischen Flotte im Kampf gegen die Engländer bei Trafalgar bedeutete schließlich das endgültige Ende der einstigen Seemacht. Spanien hatte die Materialschlacht verloren.

Vom Unterhalt der Marine profitierten im englischen wie im spanischen Imperium die Küstengebiete und der Schiffsbau auf beiden Seiten des Atlantiks. Im 18. Jahrhundert trug die Staatsnachfrage also zur Prosperität von Reedern, Kaufleuten und Beziehern von Lohneinkünften bei. Die Aufwendungen für die koloniale Verwaltung und das Heerwesen wirkten in einigen Regionen ebenfalls stimulierend. So führte noch 1778 die militärische Präsenz und die Errichtung eines Vizekönigreiches im Río de la Plata zum ökonomischen Aufstieg dieser Region, die dann allerdings zu den Initiatoren des Unabhängigkeitsprozesses gehörte, weil ihr die ökonomische Anbindung an das Mutterland fehlte.

Stellt man die Erträge, die Spanien und England aus dem überseeischen Kolonialbesitz erwuchsen, den zum Erhalt der imperialen Herrschaft notwendigen Aufwendungen gegenüber, so ergibt sich, daß sowohl im Falle des spanischen als auch im Falle des englischen Imperiums die öffentlichen Ausgaben die Einnahmen aus den Kolonien bei weitem überstiegen und in beiden Fällen Transferleistungen in die Kolonien erfolgten. Gesamtwirtschaftlich betrachtet lassen sich aber dennoch Hinweise darauf finden, daß die Mutterländer oder zumindest einige Regionen und Sektoren von den kolonialen Unternehmungen erheblich profitierten.

So ist der Aufstieg von Cádiz, Barcelona, Liverpool und London wesentlich durch ihre koloniale Anbindung zu erklären, da der Kolonialhandel weitere Waren- und Finanzströme nach sich zog. Sowohl die spanische als auch die englische Baumwollindustrie – die Vorreiter im Industrialisierungsprozeß – hatten ihre Hauptabsatzmärkte in Amerika,

und diese waren durch entsprechende staatlich garantierte Handelsmonopole geschützt. Schließlich versorgten der Ausbau der Marine in England und Spanien den Schiffsbau mit zusätzlichen Aufträgen und trugen zu seiner Modernisierung bei.

Die Kosten, die die imperiale Politik verursachte, wurden in Spanien – nimmt man die absoluten Zahlungen zum Maßstab – im wesentlichen von den Regionen und Wirtschaftssektoren aufgebracht, die auch am stärksten hiervon profitierten. So hatte Andalusien das höchste Steueraufkommen, gefolgt von Katalonien. In beiden Regionen resultierten die Einnahmen zum großen Teil aus Zöllen und aus dem Tabakmonopol. In Spanien wurde die Finanzpolitik von Financiers gestaltet, die selbst von den Staatseinnahmen abhängig waren. Diese Financiers konnten sich über die Interessen der im Außenhandel tätigen Kaufleute hinwegsetzen und sie mit Abgaben belasten.

In England erfolgte die Finanzierung des Empires in einem höheren Maße als in Spanien über indirekte Steuern; die den Binnen- und nicht wie in Spanien den Außenhandel belasteten. Da die Akzisen auf eine Vielzahl von Gütern erhoben wurden, kam es nicht zu nennenswerten Widerständen. Im Parlament bevorzugten die Vertreter der City und der Kaufmannschaft offensichtlich eine Erhöhung der Akzisen gegenüber einer Anhebung der Zölle, die sie selbst stärker betroffen hätten. Die Gentry war nicht bereit, zur Finanzierung der auch aus kommerziellen und überseeischen Interessen entstandenen Kriegsschulden einer Erhöhung der *land tax* zuzustimmen. Auf diese Weise wurden die Kosten des Imperiums auf die Konsumenten in ganz England überwältigt.

Anders als in den Mutterländern kam es in den Kolonien zu Unruhen, als sich die Versuche häuften, die überseeischen Territorien stärker zur Finanzierung des jeweiligen Imperiums heranzuziehen, indem man den Schmuggel eindämmte und die Steuersätze denen der Mutterländer anglich. Bezeichnenderweise waren es sowohl in Anglo- als auch in Hispanoamerika Händler und intensiv am Handel beteiligte Regionen, in denen sich der Widerstand gegen die verstärkte Aufsicht und gegen Steuererhöhungen am stärksten politisch artikulierten, denn diese waren am stärksten von der erhöhten Besteuerung des Warenverkehrs betroffen. Im Gegensatz zu den Mutterländern, in denen die wirtschaftlichen und politischen Führungsschichten die Finanzpolitik mitgestalteten und zwar so, daß sie unterproportional zu ihrem Einkommen von der er-

höhten Besteuerung betroffen waren, unterlagen die kolonialen Eliten als erste dem erhöhten staatlichen Zugriff. Zwar stiegen im Gegenzug zu den Einnahmen auch die Staatsausgaben in den Kolonien. Die daraus resultierende öffentliche Nachfrage stimulierte im 18. Jahrhundert den Import gewerblicher Erzeugnisse aus Europa, nicht aber – wie dies noch im 16. und 17. Jahrhundert der Fall gewesen war – die von den kolonialen Eliten dominierte amerikanische Produktion. Außerdem besaßen die kolonialen Führungsschichten keine Möglichkeit, die Staatseinnahmen und -ausgaben auf politischem Wege zu beeinflussen.

Im ausgehenden 18. Jahrhundert gelang es den Finanzpolitikern in den Metropolen offensichtlich nicht mehr, den Rohstoffe produzierenden und Handel treibenden Kolonien den Nutzen des jeweiligen Imperiums nahezubringen. Da die absolute Besteuerung in den Kolonien niedriger war als in den Mutterländern, waren nicht die absolute Höhe der Besteuerung und des Staatsanteils entscheidend für das Ende der Imperien, sondern der starke und plötzliche Anstieg der Steuern und Monopoleinnahmen und die mangelnde Partizipation der kolonialen Eliten bei der Erhebung und Verteilung der Gelder. Da auch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Wirtschaftskraft der hispano-amerikanischen Kolonien größer war als die der neuenglischen Siedlungen, war die Belastungsgrenze in Nordamerika vierzig Jahre früher erreicht worden als im Süden. Insgesamt wird man wohl schließen dürfen, daß weder in Hispano- noch in Angloamerika die Höhe der Steuerlast und die geringe Förderung der kolonialen Wirtschaft durch die staatlichen Ausgaben die eingangs zitierten Aufstände hervorriefen, sondern die mangelhafte Einbindung der kolonialen Eliten in die staatliche Finanzpolitik. Somit galt die Forderung: "No taxation without representation" für die englischen wie für die spanischen Kolonien in Amerika.

### Bibliographie

- Anderson, J. L. (1974): "The Measure of the Effect of British Public Finance, 1793-1815". In: *EHR* 27: 610-619.
- Barbier, Jacques A. (1980): "Peninsular Finance and Colonial Trade: The Dilemma of Charles IV's Spain". In: *JLAS* 12: 21-37.
- (1984): "Indies Revenues and Naval Spending: The Cost of Colonialism for the Spanish Bourbons, 1763-1805". In: *JbLA* 21: 171-188.
- Barbier, Jacques A./Klein, Herbert S. (1981): "Revolutionary Wars and Public Finances: The Madrid Treasury, 1784-1807". In: *JEH* 41: 315-339.
- (1985): "Las prioridades de un monarca ilustrado: El gasto público bajo el reinado de Carlos III". In: *RHE* 3: 473-495.
- Beckett, J. V. (1985): "Land Tax or Excise: the Levying of Taxation in Seventeenth- and Eighteenth-Century England". In: *English Historical Review* 100: 285-307, London.
- Beckett, J. V./Turner, Michael (1990): "Taxation and Economic Growth in Eighteenth-Century England". In: *EHR* 43: 377-403.
- Black, Robert A./Gilmore, Claire G. (1990): "Crowding Out during Britain's Industrial Revolution". In: *JEH* 109-131.
- Bonney, Richard (Hrsg.) (1995): *Economic Systems and State Finance*. Oxford/New York.
- Davis, Lance E./Huttenback, Robert (1982): "The Cost of Empire". In: *Ransom* (1982: 41-69).
- Delgado, José (1995): "Mercado interno versus mercado colonial en la primera industrialización española". In: *RHE* 13: 11-31.
- Engerman, Stanley L. (1998): "British Imperialism in a Mercantilist Age, 1492-1849. Conceptual Issues and Empirical Problems". In: *RHE* 16: 195-231.
- Mathias, Peter/O'Brian, Patrick (1976): "Taxation in Britain and France, 1715-1810. A Comparison of Social and Economic Incidence of Taxes Collected for the Central Governments". In: *JEEH* 5: 601-650.
- (1978): "The Incidence of Taxes and the Burden of Proof". In: *JEEH* 7: 211-213.
- McCloskey, D. N. (1978): "A Mismeasurement of the Incidence of Taxation in Britain and France, 1715-1810". In: *JEEH* 7: 209-210.
- Merino, José Patricio (1981): "La Hacienda de Carlos IV". In: *Hacienda Pública Española* 69: 139-182, Madrid.
- O'Brien, Patrick K. (1988): "The Political Economy of British Taxation, 1660-1815". In: *EHR* 1-32.

- (1993): “The Rise of a Fiscal State in England, 1485-1815”. In: *Historical Research* 66: 129-176, Oxford.
- O’Brien, Patrick/Prados de la Escosura, Leandro (1998): “The Costs and Benefits for Europeans from their Empires Overseas”. In: *RHE* 16: 29-89.
- O’Phelan, Scarlett (1985): *Rebellions and Revolts in Eighteenth-Century Peru and Upper Peru*. Köln.
- Ozanam, Didier (1980): “Representación del marqués de la Ensenada a Fernando VI (1751)”. In: *Cuadernos de Investigación Histórica* 4: 67-124, Valladolid.
- Peacock, Alan/Wiseman, Jack (1961): *The Growth of Public Expenditure in the United Kingdom*. Princeton.
- Pieper, Renate (1988): *Die spanischen Kronfinanzen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (1753-1788). Ökonomische und soziale Auswirkungen*. Stuttgart.
- (1990): “La aportación americana a la Real Hacienda española en la segunda mitad del siglo XVIII”. In: *Estudios de Historia Social y Económica de América* 6: 69-75, Alcalá de Henares.
- Pieper, Renate/Sánchez, Julio (2000): “¿Tras las huellas de un espejismo? La minería en Nueva España y Europa Central en la segunda mitad del siglo XVIII”. In: *JbLA* 37 [im Druck].
- Ransom, Roger L., et al. (Hrsg.) (1982): *Explorations in the New Economic History: Essays in Honor of Douglass C. North*. New York.
- Riley, James C. (1980): *International Government Finance and the Amsterdam Capital Market, 1740-1815*. Cambridge.
- Slicher van Bath, B. H. (1989): *Real Hacienda y economía en Hispanoamérica, 1541-1820*. Amsterdam.
- Tedde, Pedro (1989): “Política financiera y política comercial en el reinado de Carlos III”. In: *Actas del Congreso Internacional sobre “Carlos III y la Ilustración”*, Bd. 2: 139-317, Madrid.
- TePaske, John J., et al. (1976): *La Real Hacienda de Nueva España: la real caja de México (1576-1816)*. México.
- TePaske, John J./Klein, Herbert S. (1982): *The Royal Treasuries of the Spanish Empire in America*. 3 Bde., Durham, N. C.
- Weir, David R. (1989): “Tontines, Public Finance, and Revolution in France and England, 1688-1789”. In: *JEH* 49: 95-124.
- Wellenreuther, Hermann (1974): “Land, Gesellschaft und Wirtschaft in England während des Siebenjährigen Krieges”. In: *Historische Zeitschrift* 218: 593-634, München.

- White, Eugene N. (1987): "Fueron inflacionarias las finanzas estatales en el siglo XVIII? Una nueva interpretación de los vales reales". In: *RHE* 5: 509-525.
- (1989): "Was There a Solution to the Ancien Régime's Financial Dilemma?". In: *JEH* 49: 545-568.
- Yun-Casalilla, Bartolomé (1998): "The American Empire and the Spanish Economy: An Institutional and Regional Perspective". In: *RHE* 16: 123-156.